

Normen zur Sicherer Stadt

Ein Protokoll zur Plenarsitzung der Arbeitsgruppe „Kriminalprävention durch Stadtplanung und Design“ im Europäischen Normungskomitee

Am 12. Februar 2013 hat das Sekretariat der Arbeitsgruppe TC325 im Namen des Europäischen Normungskomitees die nationalen Delegierten zu einer Sitzung in Prag einberufen. Es sollte eine Routinesitzung werden, bei der streng nach vorgegebener Agenda die Mitglieder willkommen geheißen werden, der Bericht des Sekretariats verlesen wird, die einzelnen Leiter der Fachgruppen ihre Tätigkeitsberichte vorlegen, und über den Fortschritt bei der Entwicklung einzelne Regelwerke berichten. Schließlich wird über den Zeitpunkt und den Ort des Folgetreffens beraten und über Entscheidungen formell abgestimmt. Das alles klingt relativ langweilig und ist normalerweise innerhalb weniger Stunden reibungslos und sachlich abzuhandeln.

Tatsächlich hätte der Arbeitstag auch schon nach wenigen Minuten beendet werden können, denn die Fachgruppenleiter der Arbeitsgruppen eins, zwei und vier waren nicht anwesend, und der Leiter der Gruppe 3 vermeldete „keine Aktivitäten“. Damit wäre der Tag auch schon zu Ende gewesen. Erfreulicherweise wurde der Tag von der kleinen Gruppe der Delegierten aber genutzt, um diese Misere zu bemerken und jemand hatte es doch gewagt, die Sinnhaftigkeit dieses Gremiums zu hinterfragen: Haben die entwickelten Regelwerke noch Gültigkeit? Sind sie überhaupt praktikabel? An wen richten sich diese Normen in der Praxis? Und vor allem: Wie sind Untätigkeit und Desinteresse in den einzelnen Arbeitsgruppen zu erklären?

Zum einen wurde angeführt, dass die Idee, Tatgelegenheiten für Kriminalität im Stadtgefüge mit Hilfe von städtebaulicher Planung und entsprechendem Design von Gebäuden und Plätzen zu verhindern, keine klare Zielgruppe zur Umsetzung hat. Denn es gehe hier nicht um die Ausstattung des öffentlichen Raumes mit möglichst vielen Überwachungskameras und genormter Sicherheitstechnologie, es gehe auch nicht darum, an jeder Ecke einen Polizeiwachkörper zu platzieren, und außerdem wolle man den Eindruck der Stadt als Hochsicherheitstrakt vermeiden. Städte sollen als angstfreie Lebensräume gestaltet werden. Und dabei müssten verschiedene Verantwortungsträger kooperieren: Polizei, Stadtplanung, ArchitektInnen, Sozialarbeit, kriminologische Forschungsstellen, Designer und Künstler, Bildungseinrichtungen, öffentliche Verkehrsbetriebe, Vereine usw. Die administrativen und politischen Voraussetzungen für eine derartige Kooperation sind in den Europäischen Städten höchst unterschiedlich, was die Hoffnung auf die Umsetzung einer einheitlichen Norm deutlich schwinden lässt.

Die inhaltlichen Empfehlungen der entwickelten Standards füllen ein breites Spektrum von gezieltem Einsatz von Sicherheitstechnologie auf der einen Seite, bis zur künstlerischen, attraktiven Gestaltung von öffentlichen Aufenthaltsräumen zum allgemeinen Wohlbefinden am anderen Ende des Spektrums. Dazwischen liegen raumpsychologische Maßnahmen zur Abschreckung von Tätern, die Förderung der räumlichen Eigenverantwortung in der Bevölkerung, identitätsstiftende Maßnahmen in einem Wohngebiet und die Steigerung des kommunalen Zusammenhalts. In den meisten europäischen Städten sind diese Maßnahmen gut bekannt, jedoch in verschiedenen Berufsfeldern zerstreut. Die ExpertInnen in diesem Komitee haben den hohen Anspruch, sie unter einem Dach zu vereinen.

Zum anderen wurde auch der unterschiedliche Leidensdruck durch Verbrechensfurcht erwähnt, der graduelle Abstufungen für Maßnahmen erforderlich macht. Wir sind beispielsweise recht froh darüber, dass unsere Kinder im Park zwischen Büschen

‚Verstecken‘ spielen können, während man in anderen Städten darauf achtet, dass ein Park überschaubar und „durchschaubar“ ist, um einem potentiellen Räuber keine Möglichkeit für einen Angriff aus dem Hinterhalt zu bieten.

Drittens unterscheidet sich die Arbeit in diesem speziellen Komitee zur „Kriminalprävention durch Stadtplanung und Design“ von anderen Komitees, indem hier keine Qualitätskriterien für Produkte erstellt, sondern Empfehlungen für politisches Handeln entwickelt werden. Inzwischen gibt es einen Trend zu solchen „Policy-Normen“, indem beispielsweise auch an der Standardisierung von „Nachhaltigkeit in der Bauwirtschaft“ und zu „Facility Management“ gearbeitet wird. In diesen Fällen wird auf den neuesten Erkenntnisstand zum Qualitäts*management* hingewiesen.

Viertens wurde festgestellt, dass die Anwendung von Normen und Regelwerken auch einen Markt braucht. Das Angebot alleine schafft noch keine Nachfrage. Jedoch: Wie schafft man Nachfrage nach Sicherheitsmanagement, ohne dabei mit Angst zu operieren? So wie in der Medizin eine Vorsorgeuntersuchung als Prävention einen Wert an sich bekommen soll, ohne dabei auf die Gefahr einer Krankheit verweisen zu müssen. Aber das ist auf dem Gebiet der Kriminalprävention schon sehr viel verlangt. Wie bringt man also Bauträger, Polizei, Planungsabteilungen in österreichischen Stadtverwaltungen und Wohnbaugenossenschaften dazu, die Dokumente vom Austrian Standards Institute anzufordern und einen Blick in die Normen- und Regelwerke auf dem Gebiet der „Städtebaulichen Kriminalprävention“ zu werfen?

Schließlich wurde kritisiert, dass zusätzlich eine Verdeutlichung und Erklärung zur Anwendung der Standards benötigt wird, da die Texte nämlich schwer verständlich und damit wenig benutzerfreundlich seien. In Großbritannien und in den Niederlanden gibt es dafür bereits eine Berufsausbildung für „KriminalpräventionskonsulentInnen für die Bauwirtschaft“ und ein entsprechendes Gütesiegel. In Österreich könnte es demnächst gezielte Seminare im hauseigenen Trainingsinstitut von Austrian Standards geben – vorausgesetzt es besteht Interesse und Nachfrage.

Die Sitzung wurde mit einer Resolution geschlossen: Alle bisher entwickelten Dokumente zu Städtebau, Geschäfts- und Bürogebäude, Wohnbau, öffentliche Verkehrsmittel, Tankstellen und Schutz gegen Attacken mit Fahrzeugen werden von einigen wenigen engagierten ExpertInnen überarbeitet. Besonderes Augenmerk liegt in diesem Jahr auf der Erstellung eines Standards zur Empfehlung von Planungsmaßnahmen für Schulen, falls es noch jemanden kümmert.

Günter Stummvoll ist Stadt- und Kriminalsoziologe in Wien und Delegierter zum europäischen Normungskomitee CEN/TC325 und leitet Seminare zur Kriminalprävention.

www.urbancriminology.at